



73. Jahrgang / Mai 2000

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 21. <i>Getränkesteuer auf alkoholische Getränke – aktuelle Rechtsfragen</i>                 | 24. <i>Sondernotstandshilfe – aktuelle Fragen zur Vollziehung</i>   |
| 22. <i>Erschließungsbeitragspflicht für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude</i> | 25. <i>Ris-Kommunal – Der Internetauftritt für die Gemeinden</i>  |
| 23. <i>Feuerbrandverordnung 2000 – Maßnahmen betreffend Bienen</i>                          | 26. <i>Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter</i><br><i>Verbraucherpreisindex für März 2000</i><br><i>(vorläufiges Ergebnis)</i> |

## 21.

### Getränkesteuer auf alkoholische Getränke – aktuelle Rechtsfragen

1.1 Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften hat mit Urteil vom 9. März 2000 in der Rechtssache C-437/97 ausgesprochen, dass die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke Art. 3 Abs. 2 der Verbrauchssteuerrichtlinie widerspricht. Hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung der Wirkungen des Urteils hat er ausgesprochen „niemand könne sich auf Art. 3 Abs. 2 dieser Richtlinie berufen, um Ansprüche betreffend Abgaben wie die Steuer auf alkoholische Getränke, die vor Erlass dieses Urteils entrichtet wurden oder fällig geworden sind, geltend zu machen, es sei denn, er hätte vor diesem Zeitpunkt Klage erhoben oder einen entsprechenden Rechtsbehelf eingelegt“.

1.2 Die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke wurde daher ab 9. März 2000 nicht mehr entrichtet. Somit entfiel bereits die Mitte März 2000 fällige Getränkesteuer auf alkoholische Getränke für Jänner 2000.

Die Interessenvertretungen der Gemeinden und einzelne Bundesländer sind der Ansicht, dass das Urteil erst auf jene Getränkesteuer von alkoholischen Getränken anzuwenden sei, für welche die Steuerschuld nach dem 8. März 2000 entstanden ist. Danach müsste auch noch für Umsätze bis 8. März 2000 die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke entrichtet werden. Sollte diese Ansicht durch den Verwaltungsgerichtshof bestätigt werden, könnte danach die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke der Monate Jänner, Feber und (aliquot) März 2000 noch angefordert werden. Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ist innerhalb des Verjäh-

rungszeitraumes zu erwarten; aus verfahrensökonomischen Gründen sollte die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes abgewartet werden.

1.3 Die Gemeinden erlitten somit bereits im März 2000 einen erheblichen Entfall an Einnahmen. Die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke hat schließlich rd. zwei Drittel des Aufkommens an Getränke- und Speiseeissteuer ausgemacht. Die Gemeinden wurden daher angehalten, im Sinne der Haushaltsrichtlinien 2000 eine entsprechende Budgetsperre festzulegen.

Es zeichnet sich derzeit ab, dass mit den Ertragsanteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben September 2000 ein Getränkesteuerersatz zufließen wird. Der Ersatz durch höhere Ertragsanteile sollte etwa 80% des bisherigen Getränkesteueraufkommens erreichen. Die Getränkesteuer auf nichtalkoholische Getränke und die Speiseeissteuer werden mit Ende des Jahres 2000 auslaufen. Im Budgetvollzug ist jedenfalls weiterhin Vorsicht und Zurückhaltung geboten.

2.1 Hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung der Wirkungen des Urteils wird festgehalten, dass in allen jenen Fällen eine Erstattung nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, in denen gegen die bescheidmäßige Festsetzung einer Getränkesteuer auf alkoholische Getränke Berufung erhoben bzw. eine bescheidmäßige Festsetzung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke beantragt wurden und die Erledigung noch offen ist.

Die Gemeinden sind aufgefordert, jeden einzelnen Steuerpflichtigen und jeden einzelnen Bemessungs-

nat daraufhin genau zu prüfen, in welchen Fällen eine Rückzahlung vorerst nicht ausgeschlossen werden kann und in welchen Fällen eine Rückzahlung jedenfalls ausgeschlossen ist.

Eine Rückzahlung ist jedenfalls in den Fällen ausgeschlossen, in denen

a) bis einschließlich 8. März 2000 kein Antrag auf bescheidmäßige Festsetzung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke eingebracht wurde;

b) etwa im Anschluss an eine Getränkesteuernachschau bzw. steuerliche Pflichtverletzung die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke bescheidmäßig festgesetzt und der Bescheid rechtskräftig geworden ist (§ 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung) bzw. im Anschluss an eine Getränkesteuernachschau schriftlich oder niederschriftlich auf die Einbringung einer Berufung gegen die Nachbemessung verzichtet wurde (§ 200 Abs. 1 und 2 der Tiroler Landesabgabenordnung). Namentlich in den Jahren 1995 bis 1997 sind zahlreiche Fälle solcher Art abgeschlossen worden und steht ein derartiger Abschluss einem späteren Antrag auf bescheidmäßige Festsetzung (§ 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung) im Wege.

2.2 Im Hinblick auf die drohende Rückzahlungspflicht werden der Beginn und die Fortsetzung außerordentlicher Vorhaben, die Aufnahme von Darlehen, die Übernahme von Haftungen und der Abschluss von Leasingverträgen entsprechend kritisch zu prüfen sein.

Derzeit ist davon auszugehen, dass das Rückzahlungsrisiko etwa 50:50 beträgt, eine allfällige Rückzahlung in den meisten Fällen wohl nur durch Darlehen über etwa zehn Jahre finanziert werden kann und während der Darlehenslaufzeit durch den Schuldendienst entsprechende Budgetfreiräume fehlen werden. Soweit nach Ziffer 2.1 eine Rückzahlung nicht jedenfalls ausgeschlossen werden kann, muss dies bei der Ermittlung der Finanzlage und der Beurteilung der weiteren finanziellen Belastbarkeit der Gemeinde berücksichtigt werden.

3. In letzter Zeit wird immer wieder darüber berichtet, dass bei den Gemeinden Erklärungen von Getränkesteuerpflichtigen einlangen, „Guthaben“ aus der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke zur Tilgung von Abgabenschuldigkeiten – insbesondere aus Getränkesteuer auf nichtalkoholische Getränke, Speiseeissteuer, Grundsteuer, Kommunalsteuer und Benützungsgebühren – zu verwenden (§ 162 Abs. 1 der Tiroler Landesabgabenordnung).

Eine Aufrechnung ist nur mit einem Guthaben möglich.

Von einem Guthaben kann jedenfalls nicht gesprochen werden, solange eine seinerzeit entrichtete Getränkesteuer auf alkoholische Getränke durch eine Abgabenerklärung (§ 151 Abs. 1 der Tiroler Landesabgabenordnung, vgl. Pkt. 1.1 des Beitrages im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, April 1998, lfd. Nr. 22, Getränkesteuer auf dem Prüfstand – Wie sollen sich Tirols Gemeinden verhalten?) oder durch einen Abgabebescheid (§ 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung, vgl. Pkt. 1.2 und 2.1 des zitierten Beitrages) gebunden ist.

In diesen Fällen sollte der Abgabepflichtige in einem formfreien Schreiben darauf hingewiesen werden, dass von einem Guthaben nicht gesprochen werden kann, eine Verwendung zur Tilgung anderer Abgabenschuldigkeiten daher nicht möglich und die Gemeinde genötigt ist, die offenen Abgabenschuldigkeiten notfalls im Wege der Vollstreckung einzubringen.

Wenn es der Abgabepflichtige ausdrücklich beantragt, ist die Meinungsverschiedenheit, ob und inwieweit eine Zahlungsverpflichtung erloschen ist, im Wege eines Abrechnungsbescheides zu entscheiden (§ 163 der Tiroler Landesabgabenordnung). In der Begründung des das Erlöschen der Zahlungsverpflichtung verneinenden Abrechnungsbescheides ist auszuführen, dass „nur Guthaben eines Abgabepflichtigen zur Tilgung vollstreckbarer Abgabenschuldigkeiten zu verwenden sind. im vorliegenden Fall kann von einem Guthaben nicht gesprochen werden, da die seinerzeit entrichtete Getränkesteuer auf alkoholische Getränke durch eine auf die Höhe der entrichteten Getränkesteuer lautende Abgabenerklärung/durch einen auf die Höhe der entrichteten Getränkesteuer lautenden Abgabebescheid nach wie vor gebunden ist.“

Von einem Guthaben kann nur in jenen Fällen gesprochen werden, in denen eine Getränkesteuer auf alkoholische Getränke entrichtet, in der Folge durch eine Abgabenerklärung mit „Null“ festgesetzt, von der gemeindlichen Abgabenbehörde es bisher jedoch unterlassen wurde, die entrichtete Getränkesteuer auf alkoholische Getränke durch einen Abgabebescheid (§ 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung, vgl. Pkt. 1.2 des zitierten Beitrages im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, April 1998) zu binden.

4.1 Wie sich die Gemeinden zu verhalten hatten, wenn die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke entrichtet, in der Folge jedoch noch vor dem 9. März 2000 eine auf „Null“ lautende Getränkesteuererklärung abgegeben wurde, bzw. Getränkesteuer auf alkoholische Getränke nicht entrichtet wurde, wurde in den Pkt. 1.2 und 2.1 des

zitierten Beitrages im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, April 1998, ausführlich erläutert.

4.2 Wird eine auf „Null“ lautende Getränkesteuererklärung erst nach dem 8. März 2000 abgegeben, so ist unverzüglich im Sinne des Pkt. 1.2 des zitierten Beitrages zu verfahren. In die Begründung des Festsetzungsbescheides ist folgender Hinweis aufzunehmen: „Niemand kann sich auf Art. 3 Abs. 2 der Verbrauchssteuerrichtlinie berufen, um Ansprüche betreffend Abgaben, wie die Steuer auf alkoholische Getränke, die vor Erlass des Urteils des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache C-437/97 entrichtet wurden oder fällig geworden sind, geltend zu machen, es sei denn, er hätte vor diesem Zeitpunkt Klage erhoben oder einen entsprechenden Rechtsbehelf eingelegt. Die Abgabenerklärung wurde erst nach diesem Zeitpunkt abgegeben“.

Wird die Gemeinde nicht unverzüglich tätig, so hat sie damit zu rechnen, dass ein durch die auf „Null“ lautende Abgabenerklärung entstehendes Guthaben in der Höhe der entrichteten Getränkesteuer auf alkoholische Getränke zur Aufrechnung mit anderen Abgabenschuldigkeiten verwendet wird.

4.3 Soll eine nichtentrichtete Getränkesteuer auf alkoholische Getränke bescheidmäßig festgesetzt werden (Pkt. 2.1 des zitierten Beitrages im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, April 1998), so könnte in der Begründung ausgeführt werden: „Niemand kann sich auf Art. 3 Abs. 2 der Verbrauchssteuerrichtlinie berufen, um Ansprüche betreffend Abgaben, wie die Steuer auf alkoholische Getränke, die vor Erlass des Urteils des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache C-437/97 vom 9. März 2000 entrichtet wurden oder fällig geworden sind, geltend zu machen, es sei denn, er hätte vor diesem Zeitpunkt Klage erhoben oder einen entsprechenden Rechtsbehelf eingelegt; in der Nichtentrichtung/in einer auf „Null“ lautenden Abgabenerklärung ohne vorhergehende Entrichtung kann kein einer Klage entsprechender Rechtsbehelf erblickt werden.“

5. Mit Schreiben vom 13. und 31. März 2000 wurden die Gemeinden gebeten, jeden einzelnen Steuerpflichtigen und jeden einzelnen Bemessungsmonat daraufhin zu prüfen, in welchen Fällen eine Rückzahlung nicht ausgeschlossen werden kann und in welchen Fällen eine Rückzahlung jedenfalls ausgeschlossen ist. Erst nach

Abschluss dieser zugegebenerweise sehr zeitaufwendigen Arbeit ist an eine Fortsetzung der anhängigen, zu meist ausgesetzten Verfahren zu denken.

In den möglichen Rückzahlungsfällen wird zeitgleich parallel zur in Pkt. 3. des Urteils des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache C-437/97 vom 9. März 2000 gebotenen bescheidmäßigen Nullfestsetzung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke (§ 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung) bescheidmäßig insoweit die Erstattung (= Verrechnung, Verwendung zur Tilgung vollstreckbarer Abgabenschuldigkeiten und Rückzahlung) des dadurch entstehenden Guthabens zu verweigern sein, als dem Abgabepflichtigen nachgewiesen wird, dass er die Abgabe auf andere überwälzt hat (§ 187a der Tiroler Landesabgabenordnung).

Eine solche Überwälzung wird insbesondere darin gesehen, dass im Verkaufspreis die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke enthalten war. Den Nachweis könnte eine von einem Gemeindesteuerprüfer oder von einem etwa durch einen Gemeindesteuerprüfer entsprechend geschulten Gemeindebediensteten unterschriebene Erklärung bringen, dass lt. Getränkekarte die Verkaufspreise „inklusive Steuern“ waren bzw. die Verkaufspreise im Wege von Schlüsselzahlen, die die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke enthielten, auf die Bemessungsgrundlage zurückgerechnet wurden (Befund), folglich die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke im Wege des Verkaufspreises auf den Verbraucher überwälzt wurde (Gutachten). Mit der Sicherung dieser Beweismittel kann und soll begonnen werden.

Mit der bescheidmäßigen Erledigung sollte vorerst noch zugewartet werden.

Einerseits versuchen die Interessenvertretungen der Gemeinden und einzelne Bundesländer den Begriff des „entsprechenden Rechtsbehelfes“ denkbar eng auszulegen. In nächster Zeit sollte diesbezüglich eine Klarstellung erfolgen.

Andererseits soll § 187a der Tiroler Landesabgabenordnung im Mai-Landtag die Klarstellung erhalten, dass dem Begriff des „Erstattens“ die Vorgänge der „Verrechnung, Verwendung zur Tilgung vollstreckbarer Abgabenschuldigkeiten und Rückzahlung“ innewohnen. Erst nach Kundmachung dieser Klarstellung im Landesgesetzblatt sollte § 187a der Tiroler Landesabgabenordnung in der Praxis Anwendung finden.

## 22.

### Erschließungsbeitragspflicht für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude

Über die Erschließungsbeitragspflicht für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude gab es in der Vergangenheit Meinungsverschiedenheiten zwischen der bürgerlichen Interessenvertretung und der Abteilung Gemeindeangelegenheiten (vgl. Auslegung des § 2 Abs. 3 des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Folge November 1999, lfd. Nr. 75).

In seinem Erkenntnis vom 24. Jänner 2000, Zl. 99/17/0387, hat der Verwaltungsgerichtshof den Standpunkt der Abteilung Gemeindeangelegenheiten bestätigt und die Erschließungsbeitragspflicht eines landwirtschaftlichen Geräteschuppens im landwirtschaftlichen Mischgebiet bejaht.

Der Verwaltungsgerichtshof hat in seiner Begründung ausgeführt:

§ 1 Abs. 1 lit.b, § 2 Abs. 3, § 7, § 9, § 12 und § 19 Abs. 1 des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes (TirVAG) lauten (auszugsweise):

#### „§ 1

#### Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Erhebung von:

...

b) Beiträgen zu den Kosten der Verkehrserschließung (Erschließungsbeitrag);

...

#### § 2

#### Begriffsbestimmungen

(3) Gebäude sind überdeckte, allseits oder überwiegend umschlossene bauliche Anlagen, die von Menschen betreten werden können und die dazu bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen, soweit sie der Tiroler Bauordnung 1998 unterliegen oder auf Grund des § 1 Abs. 3 lit. a oder b der Tiroler Bauordnung 1998 von deren Geltungsbereich ausgenommen sind. Stadel, die landwirtschaftlichen Zwecken dienen, Bienenhäuser, auf Sonderflächen nach § 47 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 1997 zulässige Gebäude und bauliche Anlagen vorübergehenden Bestandes im Sinne des § 44 der Tiroler Bauordnung 1998 gelten nicht als Gebäude.

...

#### § 7

#### Abgabengegenstand, Erschließungsbeitragssatz

(1) Die Gemeinden werden ermächtigt, im Falle des Neubaus eines Gebäudes oder der Änderung eines Gebäudes, durch die seine Baumasse vergrößert wird, einen Erschließungsbeitrag zu erheben. Verlieren Gebäude im Sinne des § 2 Abs. 3 zweiter Satz oder Teile davon ihren Verwendungszweck durch bauliche Änderungen, so gilt dies als Neubau.

(2) Die Erhebung des Erschließungsbeitrages erfolgt durch die Festlegung des Erschließungsbeitragssatzes (Abs. 3).

(3) Der Erschließungsbeitragssatz ist ein Prozentsatz des Erschließungskostenfaktors nach § 5 Abs. 2. Er ist von der Gemeinde durch Verordnung einheitlich für das gesamte Gemeindegebiet festzulegen.

...

#### § 9

#### Bemessungsgrundlage und Höhe der Abgabe

(1) Der Erschließungsbeitrag ist die Summe aus dem Bauplatzanteil (Abs. 2) und dem Baumassenanteil (Abs. 3).

(2) Der Bauplatzanteil ist das Produkt aus der Fläche des Bauplatzes in Quadratmeter und 150 v. H. des Erschließungsbeitragssatzes. Bei Bauplatzen, die als Freiland oder als Sonderflächen nach § 44, § 45 oder § 46 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 1997 gewidmet sind, ... tritt die durch das Gebäude überbaute Fläche samt der Fläche eines daran anschließenden Randes, dessen Tiefe in sinngemäßer Anwendung des § 6 Abs. 1 lit.a der Tiroler Bauordnung 1998 zu ermitteln ist, an die Stelle der Fläche des Bauplatzes.

(3) Der Baumassenanteil ist

a) im Falle des Neubaus eines Gebäudes das Produkt aus der Baumasse des Gebäudes,

b) im Falle der Änderung eines Gebäudes, durch die seine Baumasse vergrößert wird, das Produkt aus der zusätzlich geschaffenen Baumasse,

jeweils in Kubikmetern und 70 v. H. des Erschließungsbeitragssatzes. Die Baumasse landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude oder entsprechend genutzter Gebäudeteile ist nur zur Hälfte anzurechnen. Verlieren jedoch

solche Gebäude oder Gebäudeteile diesen Verwendungszweck durch bauliche Änderungen, so gilt dies als Vergrößerung der Baumasse im Ausmaß der Hälfte der tatsächlichen Baumasse. ...

#### § 12

### Entstehen des Abgabeananspruches

#### Vorschreibung

(1) Der Abgabeananspruch entsteht bei bewilligungspflichtigen Bauvorhaben mit dem Eintritt der Rechtskraft der Baubewilligung, ...

#### § 19

### Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit 1. März 1998 in Kraft.“

§ 27 Abs. 2, § 40 Abs. 5, § 44 und § 47 TROG lauten (auszugsweise):

#### „§ 27

### Aufgaben und Ziele der örtlichen Raumordnung

...

(2) Ziele der örtlichen Raumordnung sind insbesondere:

...

c) die weitestmögliche Vermeidung von Nutzungskonflikten und wechselseitigen Beeinträchtigungen beim Zusammentreffen verschiedener Baulandwidmungen;

d) die Vorsorge für die bestimmungsgemäße Verwendung des Baulandes und der bestehenden Bausubstanz;

e) die Vorsorge für eine zweckmäßige und bodensparende, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Erfordernisse des Schutzes des Orts-, Straßen- und Landschaftsbildes abgestimmte Bebauung und verkehrsmäßige Erschließung der bebauten und zu bebauenden Gebiete und Grundflächen;

f) die Vorsorge für eine ausreichende und einwandfreie Wasser- und Löschwasserversorgung und eine geordnete Abwasserbeseitigung;

g) die Erhaltung zusammenhängender land- und forstwirtschaftlich nutzbarer Gebiete;

...

#### § 40

### Mischgebiete

...

(5) Im landwirtschaftlichen Mischgebiet dürfen die im gemischten Wohngebiet zulässigen Gebäude und Gebäude für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

und sonstige der landwirtschaftlichen Tierhaltung mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Intensivtierhaltung (§ 45 Abs. 1) dienende Gebäude sowie Gebäude für gewerbliche Klein- und Mittelbetriebe errichtet werden.

#### § 44

### Sonderflächen für Hofstellen

(1) Die Widmung von Grundflächen als Sonderflächen für Hofstellen ist nur zulässig, wenn

...

b) die Widmung insbesondere den Zielen der örtlichen Raumordnung nach § 27 Abs. 2 lit.e, f, g und h nicht widerspricht; dabei ist insbesondere auf die Entfernung zum bestehenden Siedlungsgebiet Bedacht zu nehmen;

c) die betreffenden Grundflächen für eine dem besonderen Verwendungszweck entsprechende Bebauung in gesundheitlicher, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht geeignet sind; ....

(2) Auf Sonderflächen für Hofstellen dürfen nur land- und forstwirtschaftliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude, deren Wohn- und Nutzfläche höchstens 300 m<sup>2</sup> beträgt und deren betriebliche Nutzfläche unter Bedachtnahme auf die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse des jeweiligen Betriebes angemessen ist, samt den dazugehörigen Nebenanlagen errichtet werden. ....

#### § 47

### Sonderflächen für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude

Die Widmung von Grundflächen als Sonderflächen für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude, wie Almgebäude, Kochhütten, Feldställe, Städel in Massivbauweise und dergleichen, ist nur zulässig, wenn

a) die Gebäude nach Größe, Ausstattung und sonstiger Beschaffenheit für einen bestehenden land- und forstwirtschaftlichen Betrieb betriebswirtschaftlich erforderlich sind und

b) die Widmung insbesondere den Zielen der örtlichen Raumordnung nach § 27 Abs. 2 lit.e, f, g und h nicht widerspricht.“

In den Erläuterungen zur letztgenannten Bestimmung (abgedruckt in Hauer, Tiroler Baurecht 2, 418), heißt es:

„§ 47 betrifft land- und forstwirtschaftliche Gebäude, die nicht unter die Bestimmungen der §§ 44, 45 und 46 fallen. Maßgebend für die Zulässigkeit der Widmung einer entsprechenden Sonderfläche ist nach lit.a die betriebswirtschaftliche Erforderlichkeit für einen beste-

henden Betrieb. Im Übrigen entspricht der in lit.b festgelegte raumordnerische Beurteilungsmaßstab jenem nach § 44 Abs. 1 lit. b.“

Dem Beschwerdeführer ist zunächst beizupflichten, wenn er die Auffassung vertritt, bei dem in Rede stehenden landwirtschaftlich genutzten Geräteschuppen handle es sich um ein „sonstiges land- und forstwirtschaftliches Gebäude“ im Verständnis des § 47 TROG. Wie sich aus den oben wiedergegebenen Erläuterungen zu dem in Rede stehenden Gesetz unzweifelhaft ergibt, ist von dieser Gesetzesbestimmung jedes land- oder forstwirtschaftliche Gebäude erfasst, welches nicht unter die Bestimmungen der §§ 44, 45 und 46 fällt.

Ein Wirtschaftsgebäude, und um ein solches handelt es sich bei dem in Rede stehenden Geräteschuppen, fiele nur dann nicht unter § 47 TROG, sondern unter § 44 leg. cit., wenn es Bestandteil einer sogenannten Hofstelle wäre. Dies wiederum würde voraussetzen, dass ein solches Wirtschaftsgebäude einen Komplex mit auch zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden bildet.

Damit ist jedoch für den Beschwerdeführer nichts gewonnen.

Die Anwendung der vom Beschwerdeführer reklamierten Ausnahmebestimmung des § 2 Abs. 3 letzter Satz, dritter Fall TirVAG setzt voraus, dass das in Rede stehende Objekt ein „auf Sonderflächen nach § 47 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 1997 zulässiges Gebäude“ ist.

Dieser Wortlaut lässt zwar die vom Beschwerdeführer vertretene Auslegung zu, es sei nicht entscheidend, ob das Gebäude tatsächlich auf einer Sonderfläche errichtet sei, sondern nur, dass es sich um ein „sonstiges land- und forstwirtschaftliches Gebäude“, welches die Bedingungen des § 47 lit.a leg.cit. erfüllt, handeln müsse.

Freilich lässt sich mit dem Gesetzeswortlaut des § 2 Abs. 3 TirVAG durchaus auch die Auslegung vereinbaren, ein „auf Sonderflächen nach § 47 TROG zulässiges Gebäude“ sei ein solches, das aufgrund einer diesbezüglichen Widmung zulässigerweise auf einer derartigen Sonderfläche errichtet wurde.

Zur Prüfung der Frage, welcher Interpretation in diesem Zusammenhang der Vorzug zu geben ist, ist zunächst auf § 9 Abs. 3 TirVAG zu verweisen, welcher anordnet, dass die Baumasse landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude oder entsprechend genutzter Gebäudeteile, wenn auch nur zur Hälfte, bei Berechnung des Bau Massenanteiles und damit der Höhe des Erschließungsbeitrages anzurechnen sind.

Damit gab der Tiroler Landesgesetzgeber jedenfalls zu erkennen, dass Wirtschaftsgebäude, wie das vom Beschwerdeführer errichtete, bei der Berechnung der Höhe der Abgabe zu berücksichtigen sind. Freilich ließe sich die Meinung vertreten, bei den in § 9 Abs. 3 TirVAG genannten Wirtschaftsgebäuden handle es sich lediglich um solche, die Teil einer (nicht befreiten) Hofstelle im Sinne des § 44 TROG seien, während losgelöst von einer Hofstelle, in welchem Widmungsgebiet auch immer errichtete Wirtschaftsgebäude von der Abgabepflicht befreit wären.

Eine derartige Auslegung würde freilich in ein Spannungsverhältnis zu dem (finanz)verfassungsrechtlichen Gebot treten, wonach bei Interessentenbeiträgen die Abgabepflicht zwar nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den dem Einzelnen erwachsenden Vorteilen stehen, aber nichts desto trotz ihre Aufteilung auf die einzelnen Abgabepflichtigen nach sachlichen Kriterien gerechtfertigt sein muss (vgl. hiezu die hg. Erkenntnisse vom 29. Jänner 1993, Zl. 89/17/0135, und vom 21. Juli 1995, Zl. 92/17/0266). Eine sachliche Rechtfertigung für die unterschiedliche Behandlung von Wirtschaftsgebäuden, die Teil einer Hofstelle bilden, und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist, kann jedoch losgelöst von der Frage, in welchem Widmungsgebiet das nicht Teil einer Hofstelle bildende Wirtschaftsgebäude liegt, nicht gefunden werden.

Dem gegenüber scheint eine Sonderbehandlung von Wirtschaftsgebäuden, die auf einer gewidmeten Sonderfläche für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude errichtet wurden, gerechtfertigt.

Wie die belangte Behörde zutreffend ausführte, sind die Aufschließungsleistungen der Gemeinde im landwirtschaftlichen Mischgebiet (§ 40 Abs. 5 TROG), in welchem Gebäude für land- und forstwirtschaftliche Betriebe errichtet werden dürfen, auch ohne dass es einer Sonderwidmung gemäß § 47 TROG bedürfte, im Allgemeinen intensiver, als in jenen Gebieten, in denen Sonderflächen gemäß § 47 TROG unter Bedachtnahme auf die in § 27 Abs. 2 TROG angeführten Aufgaben und Ziele zulässigerweise gewidmet werden können. Insbesondere die in § 27 Abs. 2 lit. c, d und e leg. cit. angeführten Planungsziele werden es zumindest in der Regel als geboten erscheinen lassen, Flächenwidmungen gemäß § 47 TROG in jenen Bereichen des Gemeindegebietes vorzunehmen, in denen üblicherweise eine extensivere Verkehrserschließung vorliegt. Dementsprechend geringer ist dann auch der Aufschließungsnutzen derartiger Objekte.

Wenn der Beschwerdeführer dem gegenüber ins Treffen führt, dass landwirtschaftliche Geräteschuppen bisweilen auch im voll erschlossenen Bereich auf Sonderflächen gemäß § 47 TROG errichtet werden, so vermag er damit die obigen, auf einer typisierenden Betrachtung unter Zugrundelegung rechtmäßiger Vorgangsweise bei der Raumplanung beruhenden Erwägungen nicht zu entkräften.

Es trifft zwar zu, dass nach dem TirVAG Erschließungsbeiträge auch für Gebäude zu entrichten sind, die von der Gemeinde nicht erschlossen wurden. Im Gegensatz zur Auffassung des Beschwerdeführers war dies auch nach der Rechtslage vor Inkrafttreten des TirVAG der Fall (vgl. hierzu das bereits zitierte hg. Erkenntnis vom 29. Jänner 1993). Die in diesem letztgenannten Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes zur Rechtfertigung der Vorschreibung eines Verkehrsflächenbeitrages für eine auf einer Sonderfläche im Freiland errichtete Kläranlage ins Treffen geführte Argumentation, wonach die von einer solchen Anlage ausgehenden verkehrsmäßigen Auswirkungen mit solchen von Bauvorhaben im Bauland vergleichbar seien, lässt sich auf land- und forstwirtschaftliche Gebäude, die auf Sonderflächen gemäß § 47 TROG, also, wie oben ausgeführt, in verkehrsmäßig extensiv genutzten Gebieten, errichtet wurden, nicht übertragen.

Es mag nun zutreffen, dass eine Abgabepflicht auch für Hofstellen, die auf Sonderflächen im Freiland errichtet werden, besteht, wobei diesfalls auch die mit ih-

nen verbundenen Wirtschaftsgebäude der Abgabebemessung zugrunde zu legen wären. Diese unterschiedliche Behandlung zwischen auf Sonderflächen für Hofstellen gegenüber auf Sonderflächen nach § 47 errichteten Wirtschaftsgebäuden lässt sich aber damit rechtfertigen, dass bei der Widmung von Sonderflächen für Hofstellen gemäß § 44 Abs. 1 lit. b TROG, anders als bei § 47 lit. b leg. cit. auch auf die Entfernung zum bestehenden Siedlungsgebiet Bedacht zu nehmen ist. Dieser aus dem Gesetzeswortlaut eindeutig hervorgehende Unterschied ist auch maßgeblich, wenn er in den Erläuterungen als solcher nicht erwähnt wird. Bei typisierender Betrachtungsweise ist daher auch hier davon auszugehen, dass Sonderflächen für Hofstellen in aller Regel in geringerem Abstand zum verkehrsmäßig in der Regel intensiver erschlossenen Siedlungsgebiet gelegen sein werden, als die in § 47 genannten Sonderflächen, sodass der dadurch entstehende Erschließungsnutzen, auch für die zu Hofstellen gehörenden Nebengebäude, in aller Regel ein höherer ist. Auch Gebäude im Freiland, deren Wiedererrichtung gemäß § 42 Abs. 1 TROG zulässig ist, liegen in der Regel näher zum Siedlungsgebiet als die in § 47 leg.cit. angeführten sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Gebäude.

Die Ausnahmebestimmung des § 2 Abs. 3 letzter Satz dritter Fall TirVAG war somit vorliegendenfalls nicht anwendbar, weil das in Rede stehende Gebäude nicht auf einer Fläche gemäß § 47 TROG errichtet wurde.

## 23.

### Feuerbrandverordnung 2000 – Maßnahmen betreffend Bienen (Dr. Franz Kotter, Abt. Land- und Forstwirtschaftsrecht)

Gemäß § 7 Feuerbrand-Verordnung 2000 dürfen Bienen in ein Befallsgebiet oder aus einem Befallsgebiet nur gebracht bzw. verbracht werden, wenn diese zuvor 48 Stunden in einem abgeschlossenen Dunkelraum gehalten wurden oder wenn sie zuvor 48 Stunden in eine Seehöhe von mindestens 1.400 Metern verbracht wurden (Quarantäne). Der Landesverband für Bienenzucht für Tirol ist an die Abteilung Land- und Forstwirtschaftsrecht mit der Bitte um Unterstützung bei der Durchführung vorgenannter Maßnahmen herangetreten. Laut diesem Schreiben wäre der Imkerschaft sehr geholfen, wenn seitens der Gemeinden eine Hilfestellung dahingehend geleistet würde, wenn den Imkern

Aufstellplätze über 1.400 Metern bekanntgegeben würden bzw. wenn seitens der Gemeinden Ansprechpartner, die über eine solche Möglichkeit verfügen, genannt würden. Gedacht ist an Agrargemeinschaften, aber auch an Grundstücke, die sich im Besitz der Gemeinde befinden. Es wird daher seitens der Abteilung Land- und Forstwirtschaftsrecht gebeten, die Imkerschaft entsprechend zu unterstützen, um die Bienenwanderung im bisherigen Umfang zu ermöglichen.

Meldungen werden direkt an den Landesverband für Bienenzucht in Tirol, Meraner Straße 2, 6020 Innsbruck, Tel: 0512/582383, Fax: 0512/582600 erbeten.

## 24.

### Sondernotstandshilfe – aktuelle Fragen der Vollziehung

Nach § 39 Abs 1 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (ALVG) haben Mütter oder Väter Anspruch auf Sondernotstandshilfe für die Dauer von 52 Wochen, längstens jedoch bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes, sofern die in den Z. 1–3 dieses Absatzes genannten Voraussetzungen gegeben sind. Die im Folgenden relevante Bestimmung des § 39 Abs. 1 Z. 2 legt als Anspruchsvoraussetzung fest, dass Mütter oder Väter wegen der Betreuung ihres Kindes, dessen Geburt Anlass für die Gewährung des Karenzgeldes war, keine Beschäftigung annehmen können, weil für dieses Kind keine Unterbringungsmöglichkeit besteht. Die näheren Bestimmungen über die Eignung der Unterbringungsmöglichkeit sind in der Sondernotstandshilfeverordnung (SNH-VO) festgelegt. Im Leistungsgewährungsverfahren, das ausschließlich von den Behörden der Arbeitsmarktverwaltung durchgeführt wird, ist im erstinstanzlichen Verfahren hinsichtlich des Vorhandenseins oder des Fehlens einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit eine Bescheinigung der Gemeinde, im Berufungsverfahren in Bezug auf Berufungseinwendungen hinsichtlich der Unterbringungsmöglichkeit die Stellungnahme der Bezirksverwaltungsbehörde einzuholen und in freier Beweiswürdigung zu entscheiden (vgl. § 39 Abs. 6 ALVG in Verbindung mit § 2a SNH-VO). § 2 Abs 2 SNH-VO normiert in der lit. b als Voraussetzung für eine geeignete Unterbringungsmöglichkeit Folgendes: „Der Betreuungsort muss mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder anderweitig zur Verfügung stehenden Beförderungsmitteln (z. B. Kindergartentransporte, familieneigener PKW oder Abholung und Rückbringung durch die Tagesmutter/vater, wenn diese eine entsprechende Haftpflichtversicherung abgeschlossen haben) oder zu Fuß erreichbar sein, wenn der kürzeste Fußweg zwischen der Wohnung und dem Betreuungsort in einer Richtung unter Ausschluss der mit Verkehrsmitteln zurückgelegten Wegstrecke nicht mehr als 30 Gehminuten dauert, wobei jedoch die aufzuwendende Zeit (Fahrzeit und Gehzeit) vom Wohnort zum Betreuungsort in einer Richtung 60 Minuten nicht überschreiten darf.“

Der Verwaltungsgerichtshof hat nun in seinem Erkenntnis vom 23. Februar 2000, Zl. 97/08/0420-7, einen Bescheid der Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Tirol, in dem ein Leistungsanspruch wegen Vorliegens einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit

abgewiesen worden ist, behoben und hiebei zu der zuvor genannten Bestimmung des SNH-VO hinsichtlich der Wortfolge „wobei jedoch die aufzuwendende Zeit (Fahrzeit und Gehzeit) vom Wohnort zum Betreuungsort in einer Richtung 60 Minuten nicht überschreiten darf“ folgende Rechtsinterpretation getroffen:

„Der angefochtene Bescheid ist in Bezug auf die Klärung der Frage, ob die bescheinigte Unterbringungsmöglichkeit den Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 lit. b Sondernotstandshilfeverordnung in der Fassung BGBl. Nr. 264/1996 entspricht, aber aus einem anderen Grund mangelhaft: Entgegen der in der Darstellung des Verwaltungsgerichtshofes von der belangten Behörde gebrauchten Formulierung, die Beschwerdeführerin habe in ihrer Stellungnahme zum Vorhalt vom 9. April 1997 „im Wesentlichen die Angaben in der Berufung wiederholt“, hat die Beschwerdeführerin darin nämlich geltend gemacht, sie müsse sich zur Erreichung des Betreuungsortes einer Busverbindung bedienen, mit der sie bei Abfahrt von Prägraten um 7.17 Uhr erst um 10.10 Uhr wieder in Prägraten einlange. Trifft dies zu, so übersteigt die aufzuwendende Zeit insgesamt zwei Stunden und somit das in § 1 Abs. 2 lit. b Sondernotstandshilfeverordnung in der Fassung BGBl. Nr. 264/1996 vorgegebene Höchstausmaß von 60 Minuten in einer Richtung. In dieses auf die Summe aus „Fahrzeit und Gehzeit“ bezogenen Höchstmaß für die „aufzuwendende Zeit“ sind auch Wartezeiten auf Grund ungünstiger Verkehrsverbindungen einzurechnen. Die belangte Behörde hätte sich mit dem erwähnten Argument der Beschwerdeführerin in der Begründung der angefochtenen Entscheidung daher ausführlicher, als dies geschehen ist, auseinander setzen müssen.“

Zusammenfassend ergibt sich, dass in Zukunft die in § 2 Abs. 2 SNH-VO normierte Gesamtzeit wie folgt zu ermitteln ist:

Die zur Bewältigung der Strecken vom Wohnort zum Betreuungsort (Hinweg) und anschließend vom Betreuungsort zum Wohnort (Rückweg) erforderliche Zeitspanne ist jeweils getrennt zu ermitteln, wobei nicht nur die „reine“ Fahr- und Gehzeit sondern auch Wartezeiten zu berücksichtigen sind. Die Eignung der Unterbringung ist nur dann gegeben, wenn die so ermittelte Gesamtzeit weder für den Hin- noch den Rückweg 60 Minuten überschreitet.



Vorstehende Judikatur hat aber nicht nur Bedeutung im Leistungsgewährungsverfahren sondern auch im später folgenden Drittelrückersatzverfahren. Nach § 6 Abs. 6 Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz haben die Gemeinden ein Drittel der Ausgaben für die Sondernotstandshilfe (Leistungsaufwand inklusive Sozialversicherungsbeitrag), die an Mütter und Väter in der jeweiligen Gemeinde ausbezahlt wird, zu tragen. Wird die Vorschreibung von der Gemeinde bestritten, hat die regionale Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice einen Bescheid zu erlassen. Gegen diesen Bescheid kann die Gemeinde Berufung an den Landeshauptmann erheben, worin sie auch die mangelnde Voraussetzung für die Gewährung der Sondernotstandshilfe wegen des Vorliegens einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit für das Kind geltend machen kann. Dieser entscheidet endgültig.

Der Landeshauptmann kann künftig nur mehr dann eine Drittlersatzpflicht der Gemeinde verneinen, wenn die Unterbringungsmöglichkeit die Eignung im Sinne der zuvor dargestellten Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes erfüllt.

Die Bezirkshauptmannschaften/Jugendwohlfahrtsreferat werden gebeten, bei den diesbezüglichen Stel-

lungnahmen/Ermittlungen von dieser Judikaturlage auszugehen.

Die Gemeinden werden diese Judikatur bei der Ausstellung der Gemeindebestätigungen über das Vorliegen einer Unterbringungsmöglichkeit zu berücksichtigen haben. Außerdem wird den Gemeinden geraten, ihre Verträge mit Betreuungseinrichtungen in die vom Verwaltungsgerichtshof vorgegebene Richtung hin zu überprüfen, um finanzielle Doppelbelastungen (Vorhaltekosten für Betreuungsplätze/Drittelrückersatz für geleistete Sondernotstandshilfe) zu vermeiden. Das Arbeitsmarktservice - Landesgeschäftsstelle Tirol wurde bei der Besprechung am 5. April 2000 neuerlich ersucht, vor der Entscheidung über die Berufung den Gemeinden jedenfalls nachweislich Gelegenheit zur Äußerung zum Gesamtermittlungsergebnis, insbesondere der Stellungnahme der Bezirkshauptmannschaft zu geben.

Für Rückfragen stehen die Sachbearbeiter, Herr Mag. Auer (Tel. 508/2699) oder Frau Mag. Walde (Tel. 508/2704), zur Verfügung.

(Vd-RV-48-2/6/St vom 5. April 2000)

## 25.

### Ris-Kommunal – Der Internetauftritt für Gemeinden

Beim Tiroler Gemeindetag am 11. November 1999 in Steinach am Brenner wurde „Ris-Kommunal“ vorgestellt.

Bei diesem Programm handelt es sich um ein Produkt, mit dem mit einfachsten Mitteln alle Informationen über eine Gemeinde sowie Hinweise und Hilfestellungen für den Bürger in Form einer Homepage dargestellt und von der Gemeinde selbst verwaltet werden können.

Bürgerservice – das ist das Motto, mit dem Gemeinden in Zukunft alle erdenklichen Informationen auf der eigenen Homepage zur Verfügung stellen werden. Allgemeine Daten über Öffnungszeiten, wo und wann die einzelnen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter angetroffen werden können sind genauso vorhanden, wie eine Beschreibung der Abteilungen, deren Aufgabenbereiche Verlinkungen und Verweise zu anderen Behörden wie z. B. die Landesregierung, die Bezirkshauptmannschaft oder help.gv. Weiters wird ein umfangreicher Themenindex mitgeliefert. Der Bürger hat damit die Möglichkeit, z. B. Informationen über die Müllentsorgung

der Gemeinde abzurufen. Selbstverständlich können die Inhalte jederzeit sehr einfach ergänzt und erweitert werden. Im Bereich Politik werden der Bürgermeister, dessen Stellvertreter und die Gremien der Gemeinde verwaltet. Ebenso möglich ist die Eingabe und graphische Darstellung der letzten Wahlergebnisse. Die grundsätzliche Struktur ist von Beginn an vorgegeben, sodass die Gemeinden auf dieser Basis aufsetzen können. Änderungen und Ergänzungen sind natürlich jederzeit möglich. In der Gemeinde ansässige Firmen und Vereine können sich, sofern die Gemeinde das wünscht bzw. erlaubt, selbstständig eintragen. Dabei geht es um allgemeine Informationen (Zweck, Produkte, Ansprechpartner usw.). Die Datenhoheit hat die Gemeinde. Es bleibt ihr vorbehalten, die Informationen vor der Darstellung im Internet zu prüfen und gegebenenfalls zu sperren oder ganz zu löschen.

Viele Gemeinden haben bereits eine eigene Homepage. In vielen Fällen wurden diese Arbeiten von einem engagierten Mitarbeiter in der Gemeinde durchgeführt

bzw. wurde ein Dritter damit beauftragt. Auf jeden Fall wurde in die Gestaltung und Wartung viel Zeit und Geld investiert. Mit Ris-Kommunal besteht nun erstmals die Möglichkeit, dass alle Mitarbeiter die Informationen erfassen, korrigieren und löschen können – ohne besondere Programm- oder Internetkenntnisse. Der gesamte Inhalt kann von der Gemeinde selbstständig bearbeitet werden. Die Informationen werden allgemein über vorbereitete Formulare erfasst. Selbstverständlich können Bilder, fertige Dokumente wie z. B. die Gemeindechronik auf die gleiche, einfache Art und Weise hinzugefügt werden. Auf den jeweiligen Gemeinde-PC sind keinerlei zusätzliche Programme notwendig. Alle für die Darstellung benötigten Programme liegen am Server der KufGem und werden automatisch bei Bedarf geladen. Über einen eigenen Auswertungsteil können die Daten zur Weiterverwendung z. B. in einem Serienbrief wieder

aus der Datenbank exportiert werden. Als Besonderheit gilt auch die Möglichkeit, selbst Formulare zu gestalten.

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 7. Dezember 1999 beschlossen, die Gemeinden beim Ankauf von „Ris-Kommunal“ finanziell zu fördern. Der Ankauf von „Ris-Kommunal“ belastet die Gemeinde daher nicht.

Für Fragen im Zusammenhang mit Ris-Kommunal stehen die KufGem, Ansprechpersonen Gerhard Muigg und Klaus Stingl, Telefon 05372/6902, jederzeit gerne zur Verfügung.

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten lädt die Gemeinden ein, von der günstigen Möglichkeit „Ris-Kommunal“ zu erwerben, Gebrauch zu machen, um sich der Zeit entsprechend präsentieren und gleichzeitig das für die Präsentation vorhandene Datenmaterial innerhalb der Gemeindeverwaltung optimal verwenden zu können.

## 26.

### Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter

Die Regierungsbeauftragte für die Frage der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter Dr. Maria Schaumayer hat am 12. April 2000 unter GZ 2/0042 e-BdRB/2000 an Landeshauptmann Dr. Wendelin Weingartner folgendes Schreiben gerichtet:

#### **„Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!**

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel hat in seiner Regierungserklärung vom 9. Februar 2000 die Absicht der Bundesregierung erklärt, eine rasche Lösung der Frage der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter, die vom NS-Regime auf das Gebiet des heutigen Österreich deportiert und zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden, herbeizuführen.

Seit meiner Bestellung als Regierungsbeauftragte habe ich mit allen maßgeblichen und betroffenen Seiten intensive Gespräche geführt, mit Opferverbänden und Regierungsvertretern der mittel- und osteuropäischen Staaten, mit US-Deputy Secretary of the Treasury Stuart E. Eizenstat, mit Vertretern der Wirtschaft, Rechtsanwälten und Historikern, um im Hinblick auf die späteren Verhandlungen Art und Umfang der Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter auf dem Gebiet des heutigen Österreich zu sondieren. Wie auch immer eine solche Entschädigung aussehen wird, ist es jedoch unser

Verständnis, dass es sich um eine freiwillige Geste der Republik Österreich und der österreichischen Wirtschaft handelt.

Es ist beabsichtigt einen Fonds einzurichten, um heute noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern, die damals Arbeit unter besonders belastenden und diskriminierenden Bedingungen haben leisten müssen, zu helfen. Eine Leistungsberechtigung bestimmt sich nicht zuletzt daran, ob die Zeiten der Zwangsarbeit glaubhaft gemacht werden können.

In vielen Fällen verfügen die Betroffenen über keine Dokumente oder andere schriftliche Unterlagen, durch welche sie Ort, Zeitraum und Umstände des Arbeitseinsatzes näher belegen können. Wie ich aber aus den mir übermittelten Briefen Betroffener über die einzelnen tragischen Schicksale sowie aus den Berichten unserer Vertretungsbehörden in Mittel- und Osteuropa erfahren konnte, können sich viele ehemalige Zwangsarbeiter noch an den Namen des Unternehmens oder des Betriebes erinnern, in welchem sie tätig waren, an die Ortschaften sowie an einzelne Bezugspersonen im landwirtschaftlichen Betrieb.

Wie uns von den Botschaften berichtet wurde, konnten in zahlreichen Fällen seitens der Gebietskranken-

kassen oder der Gemeindeämter diesbezügliche Bestätigungen über die geleistete Arbeit bzw. den Aufenthalt in der namhaft gemachten Ortschaft erbracht werden. In vielen Fällen war jedoch die Antwort negativ.

Wie uns die Österreichische Botschaft in Kiew berichtete, sieht sich diese mit einer wachsenden Zahl von Anträgen konfrontiert, ebenso andere Vertretungsbehörden. Bei Negativantworten der Sozialversicherung müssen die zuständigen Gemeindeämter konsultiert werden.

In diesem Punkt darf ich Dich um Deine Unterstützung und Zusammenarbeit ersuchen. Es wäre vor allem den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland in diesem Punkt sehr geholfen, wenn Du uns einen zentralen Ansprechpartner und Koordinator in Deiner Landesregierung namhaft machen könntest, an welchen die Anfragen direkt weitergeleitet werden können. Dieser müsste sich bei Negativantworten der Sozialversicherung mit den zuständigen Gemeindeämtern in Verbindung setzen und sich um entsprechende Klärung bemühen. Der Aufbau eines solchen Kontaktnetzes wäre im Sinne einer effizienten Behandlung der Anträge sehr wünschenswert.

Gerade im Lichte der großartigen Bereitschaft der österreichischen Wirtschaft und des österreichischen Staates, eine humanitäre Geste zu setzen sowie einen autonomen Beitrag Österreichs zur Bewältigung seiner Vergangenheit und zur europäischen Freundschafts- und Friedensidee zu leisten, bitte ich Dich, den vorgesehenen Koordinator in Deinem Wirkungsbereich ehestmöglich meinem Büro nennen zu lassen.

Für Dein Verständnis und Deine Unterstützung dankend verbleibe ich mit den besten Grüßen

Dr. Maria Schaumayer“

Der Landeshauptmann hat mit Schreiben vom 3. Mai 2000, Zl. LH-SO 1/29, den Vorstand der Abteilung Gemeindeangelegenheiten Dr. Helmut Praxmarer als zentralen Ansprechpartner und Koordinator namhaft gemacht.

Die Gemeinden Tirols werden auf diesem Wege davon in Kenntnis gesetzt und gebeten, sollte der Vorstand der Abteilung Gemeindeangelegenheiten an die eine oder andere von ihnen herantreten, ihn nach Kräften zu unterstützen und an der Aufklärung mitzuwirken.

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR MÄRZ 2000**  
(vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2000 (endgültig)	März 2000 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	104,3	104,5
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	136,4	136,7
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	212,0	212,4
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	372,0	372,8
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	474,0	475,0
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	475,5	476,4

Der Index der Verbraucherpreise 1996 (Basis: Durchschnitt 1996 = 100) für den Kalendermonat März 2000 beträgt 104,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Februar 2000 (104,3 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen. Die Steigerungsrate gegenüber März 1999 beträgt + 1,9% (Jänner 2000/1999: + 1,7%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck